Pressemitteilung

Landeszahnärztekammer Sachsen

Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Schützenhöhe 11
01099 Dresden

Informationszentrum Zahngesundheit

Öffentlichkeitsarbeit & Prävention

ANSPRECHPARTNER
Anne Hesse

TELEFON
0351 8066-278
TELEFAX
0351 8066-279
E-MAIL
izz.presse@lzk-sachsen.de
WEB
zahnaerzte-in-sachsen.de

11.11.2026

Mitgestaltung statt Staatsverwaltung – 35 Jahre KZVen in den neuen Bundesländern

Mit dem Aufbau der gemeinsamen zahnärztlichen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern 1991 hat die dortige Zahnärzteschaft die Belange der Versorgung nach der Wende erstmals mitgestaltet und dafür Verantwortung übernommen. Einflussnahme auf zentrale Entscheidungen statt Orientierung an staatlich gesetzten Rahmenbedingungen – darin bestand der größte Gewinn für die Zahnärzteschaft in den neuen Bundesländern. Dieses Fazit zogen Vertreterinnen und Vertreter der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin mit der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) bei einem Festakt zum 35-jährigen Bestehen der zahnärztlichen Selbstverwaltung am 9. November 2026 in der Landesvertretung Thüringens in Berlin.

„Das Jubiläum zeigt eindrucksvoll: Selbstverwaltung ist kein bürokratisches Konstrukt. Sie ist gelebte Demokratie“, so Dr. Christiane Schenderlein, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesgesundheitsministerium, die als Gastrednerin der Einladung gefolgt war.

Solidarität erhalten durch mehr Eigenverantwortung

Dr. Holger Weißig, Vorstandvorsitzender der KZV Sachsen, erinnerte an die Anfangsjahre: „In den 1990er Jahren haben wir in dem relativ kleinen, sektorspezifischen Bundesausschuss für Zahnärzte und Krankenkassen innerhalb kurzer Zeit ganz viel bewegt. Heute ist der Ausschuss viel größer und sektorübergreifend. Das hat sich nicht unbedingt positiv ausgewirkt auf die Qualität und Geschwindigkeit von Entscheidungen.“
Mit Blick auf eine weitere Gesundheitsreform betonte Weißig, Solidarität lasse sich nur erhalten, wenn Eigenverantwortung gefördert werde. Ein System, in dem die Solidargemeinschaft alles bezahle, verliere seine finanzielle Tragfähigkeit. Einer Reformkommission gab er drei Leitgedanken mit: die Prävention ausbauen, Vertrags- und Wahlleistungen gestalten und die Eigenverantwortung der Versicherten stärken.

Fazit zu 35 Jahre Selbstverwaltung

Von der Politik erwartet die Zahnärzteschaft mehr Planungssicherheit und weniger Regulierungswut, um flexibel auf eine sich verändernde Versorgungsituation reagieren zu können.
Die zahnärztliche Selbstverwaltung funktioniert nur dann, wenn sie tatsächlich Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen darf. Wenn die Politik die Expertise und Erfahrungen der Körperschaften bei anstehenden Reformen nicht berücksichtigt, lässt sie nicht nur wertvolles Potenzial ungenutzt, sondern gefährdet aktiv die zahnmedizinische Versorgung der Zukunft. Dies ist das Fazit der Diskussion, die von Frau Rauner (Norddeutscher Rundfunk) moderiert wurde.

Ansprechpartner für diese Pressemitteilung:

Kassenzahnärztliche Vereinigung Sachsen
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@kzv-sachsen.de
Telefon: 0351 8053-537